

Landtag: Ölz-Pläne in Weiler werden abgelehnt

Die Unterstützung der Politik für die Betriebserweiterung von Meisterbäcker Ölz auf der Landesgrünzone in Weiler nimmt ab, das wurde am Mittwoch im Landtag deutlich. Die Suche nach einem alternativen Standort laufe auf Hochtouren.

„Wohin entwickelt sich die Raumplanung in Vorarlberg?“ Diese Anfrage der Freiheitlichen wurde über Mittag als erste der beiden Dringlichen Anfragen diskutiert. Anlass für die Anfrage war die geplante Ansiedelung von Meisterbäcker Ölz auf 4,5 Hektar in der Landesgrünzone in Weiler.

Parteien sprechen sich gegen Ansiedlung aus

ÖVP-Wirtschaftssprecherin Monika Vonier sagte am Mittwoch im Landtag, dass die Landesgrünzone nicht ausgehöhlt werden dürfe. Unterstützung bekam Vonier von ÖVP-Landwirtschaftssprecher Josef Türtscher. Ölz müsse nicht unbedingt in Weiler bauen. Wenn laut Vonier jedoch kein alternativer Standort im Land gefunden werde, wäre das ein verheerendes Signal für Investoren. Auch Vertreter der anderen Parteien sprachen sich gegen Weiler aus, als Alternative wurde mehrfach das ehemalige Degerdon-Areal in Bludesch genannt. Ölz sucht allerdings die Nähe zum Stammsitz Dornbirn.

Das Land solle sich nicht für jede Betriebserweiterung entschuldigen müssen, betonte Raumplanungslandesrat Karlheinz Rüdisser (ÖVP), die intensive Suche nach einem Alternativ-Standort laufe. Der FPÖ-Abgeordnete und Hohenemser Bürgermeister Dieter Egger brachte erneut Hohenems ins Spiel. Wenn ein Standort in Hohenems möglich sei, wäre Ölz auf jeden Fall willkommen - mehr dazu in: [Ölz-Neubau: Land sucht nach Alternativen](http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2824922/) <<http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2824922/>> .

Änderungen des Kanalisationsgesetzes

Zudem hat der Landtag am Mittwoch Änderungen des Kanalisationsgesetzes beschlossen. Unter anderem bekommen Gemeinden die Möglichkeit, wie bei Müll und Wasser auch für die Kanalisation eine verbrauchsunabhängige Mindestgebühr festzulegen. Allerdings darf sich dadurch das Gesamtvolumen der Kanaleinnahmen einer Gemeinde nicht erhöhen, sagt ÖVP-Abgeordneter Christan Gantner. Die verbrauchsunabhängige Mindestgebühr führe zu mehr Gerechtigkeit, weil sie zum Beispiel auch Eigentümer von Ferienwohnungen treffe, die nur wenige Wochen im Jahr Verbrauch verzeichnen, aber dennoch von der gesamten Infrastruktur profitieren.

Publiziert am 08.03.2017

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden **Social-Media-Dienste aktivieren**



- nicht mit Twitter verbunden



- nicht mit Google+ verbunden



- **Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.**

<<http://orf.at/stories/socialmedia>>